

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	88
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	65/2017
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	14.03.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Herr Dr. Kron (ASS)		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / pö		
Betreff:	Memorandum Rosenstein und weiteres Vorgehen		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 21.02.2017, öffentlich, Nr. 63

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 13.02.2017, GRDRs 65/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das vorliegende Memorandum wird als Ergebnis der Informellen Bürgerbeteiligung und Grundlage für den anschließenden Planungsprozess zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung identifizierten Handlungsfelder des Memorandums und der bisherigen Bürgerbeteiligung werden als Grundlage für Anknüpfungspunkte der weiteren Planungen zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planungs- und Beteiligungsstrategie unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen ersten Maßnahmen zu erarbeiten.

Der als Tischvorlage verteilte gemeinsame Antrag Nr. 68/2017 der CDU-Gemeinderatsfraktion, SPD-Gemeinderatsfraktion und Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion sowie der FDP vom 10.03.2017, "Das neue Rosensteinquartier konkret entwickeln: bis zur Sommerpause 2017 technische Grundlagen ermitteln", ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu Beginn teilt BM Pätzold mit, der Bezirksbeirat Mitte habe der Vorlage mit 10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, der Bezirksbeirat Nord mit 10 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zugestimmt. Der BBR Ost habe mit 9 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zugestimmt mit dem Zusatz, dass die Verwaltung den Auftrag hat, eine Planungs- und Beteiligungsstrategie sowie die aktuelle Geländedarstellung bis zur Sommerpause vorzulegen.

In dem gemeinsamen Antrag Nr. 68/2017, so BM Pätzold weiter, werde beantragt, die Themen

- Rahmenterminplan Rosenstein-Areal
- Vertragliche Vereinbarungen mit der Bahn bezüglich Gleisvorfelddrängung
- Untersuchung der Bestandsbauwerke und Gebäude auf Sanierungsbedarfe
Tragwerk, Brandschutz, Schadstoffe, Umnutzungsmöglichkeiten
- Entwicklung einer geeigneten Topographie für das Rosenstein-Areal
- Sachstand Paketpostamt
- Budapester Platz

zu bearbeiten und bis zur Sommerpause vorzulegen.

Die Fragen zum Budapester Platz seien eigentlich schon Teil des Wettbewerbs gewesen, könnten aber gern noch einmal dargelegt werden. Die übrigen Aufgaben würden von der Verwaltung zum Teil schon bearbeitet. Es sei geplant, die Ergebnisse vor der Sommerpause vorzulegen, weil einiges davon haushaltsrelevant sei.

Herr Dr. Kron erläutert die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise. Zunächst müssten die vorhandenen Bauwerke - die Brücken, der Lokomotivschuppen, die Gäubahntrasse - auf ihre Bestandssituation und ihren Nutzen für das zukünftige Konzept hin überprüft werden. Entsprechende Untersuchungsaufträge würden demnächst in Auftrag gegeben. Für das zukünftige Planfeststellungsverfahren, das die Bahn durchführe, um das Gelände freizulegen, müsse über die Vorgaben seitens der Stadt entschieden werden. Ein wichtiges Thema werde auch die Topographie sein. Es sei bereits ein 3 D-Geländemodell erstellt worden, an dem verschiedene Varianten dargestellt werden könnten. Gerade im Bereich der Ehmannastraße, zum Gelände des Lokomotivschuppens hin, gebe es eklatante Höhenunterschiede, und es stelle sich die grundsätzliche Frage, wie dieses Gebäude zukünftig mit eingebunden werden kann und wie auch der Übergang von diesem Verschiebebahnhof zum Schlossgarten erfolgen kann. Dazu werde es noch einmal eine Untersuchung und sicherlich auch eine Diskussion geben.

Geplant sei auch - sozusagen die Weiterführung des Masterplans von Trojan + Trojan - einen Masterplan zu erstellen, in dem auch schon die Wohnanteile in verschiedenen Flächenbereichen diskutiert werden sollten. Damit habe man eine Grundlage für die Wettbewerbe und für Aussagen zum Umfang der sozialen Infrastruktur. Zum Masterplan-Entwurf werde die politische Diskussion in den Gremien geführt und die Zwischenergebnisse würden mit der Bürgerschaft noch einmal beraten.

Man beabsichtige, die angesprochenen Themen bis Ende 2017 abzuarbeiten, fährt Herr Dr. Kron fort. Für 2018 stehe dann die Vorbereitung von drei Wettbewerbsverfahren für die verschiedenen Teilbereiche an: hinter dem Bahnhof beim Schlossgarten, bei den Wagenhallen und am Rosensteinpark. Weil das Umfeld für die Wagenhallen definiert werden müsse, sehe er hier die erste Priorität. Nach den Wettbewerbsverfahren werde nochmals über die Inhalte und Ziele zu diskutieren sein, bevor die Bebauungsplan-Verfahren angegangen werden könnten. Der veranschlagte Zeitrahmen von 4 bis 5 Jahren sei anspruchsvoll.

StR Kotz (CDU) bezeichnet die Stadtentwicklung im Rosenstein-Quartier als "gewaltige Herausforderung". Aber auch die Gestaltungsmöglichkeiten seien enorm. An die Stadtverwaltung appelliere er, dass in einem sehr gemeinsamen Prozess mit dem Gemeinderat vorgegangen werde. In diesem Sinne sei auch der Antrag Nr. 68/2017 zu sehen, der nicht als Kritik gedacht sei, sondern die wichtigen Themen aus Sicht der Antragsteller benenne. Wenn dies inhaltlich im Gleichklang zum internen Lenkungsreis stehe, umso besser.

Was die Präsentation von Stuttgart 21 und Internationaler Bauausstellung (IBA) in der Stadt angehe, so müsse es sich um eine "1 A-Lage" handeln. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort Eichstraße 9, die ehemalige Conrad-Filiale, halte er nicht dafür. Das Schaufenster für die Stadtentwicklung in den nächsten 10 Jahren dürfe nicht "versteckt hinter dem Rathaus" liegen.

StR Winter (90/GRÜNE) äußert seine Verwunderung über den gemeinsamen Antrag. Im Zuge der Informellen Bürgerbeteiligung solle die ganze Stadtgesellschaft mitgenommen werden, da mache ein Antrag einzelner Fraktionen keinen Sinn. Die Fragen seien inhaltlich nachvollziehbar. Was in der Informellen Bürgerbeteiligung erarbeitet worden sei, dürfe nicht geschmälert werden. Den vorgeschlagenen Standort für die Präsentation sehe er nicht so kritisch wie sein Vorredner. Der Bereich des Rathaus-Areals werde nach Abschluss der Bauarbeiten eine sehr deutliche Aufwertung erfahren haben.

Die Bürgerbeteiligung, so StRin Kletzin (SPD), habe gezeigt, dass mit den offenen Formaten eine aktive Bürgergruppe angesprochen wird, die ein großes Interesse daran hat, Dinge auch mitzubestimmen. Deutlich geworden sei aber auch, dass man so nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung mitnehmen könne. Weil es bei der Bürgerbeteiligung auch um eine Befriedung gehe, sei es notwendig zu überlegen, wie weiter beteiligt werde, zum Beispiel in Richtung einer aufsuchenden Beteiligung. Der gemeinsame Antrag spiegele auch wider, dass die Teilnehmer nach der Bürgerbeteiligung erwarteten, dass es nun losgehe. Wenn man mit der Stadtverwaltung da einer Meinung sei, sei das nur positiv.

Bei der Frage nach einem Standort für die Präsentation gebe sie zu bedenken, dass das Projekt Rosenstein auch ein IBA-Projekt ist. In diesem Zusammenhang könne das ehemalige Conrad-Gebäude eigentlich nur eine Zwischenlösung sein. Was dann tatsächlich gebraucht werde, müsse ganz andere Dimensionen haben. Das Gelingen eines solchen IBA-Projekts hänge auch davon ab, ob man es schaffe, sowohl die Fachöffentlichkeit als auch die Bürger der Stadt und Interessierte von außerhalb mitzunehmen.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) erläutert, die Fraktionsgemeinschaft habe von Anfang an die Bürgerbeteiligung Rosenstein abgelehnt, vor allem, weil die Rahmenbedingungen dafür nicht gegeben gewesen seien. So wisse man auch heute immer noch nicht, was mit dem Gleisvorfeld passiere. Ein Gericht werde erst im Jahr 2018 entscheiden. Deswegen bleibe Vieles, was im Memorandum stehe, sehr vage. Beim Zeitplan gebe es noch Unwägbarkeiten. Eine Beteiligung müsse seiner Meinung nach in irgendeiner Weise verbindlich sein. Es sei nie grundsätzlich gefragt worden, was hinter dem Hauptbahnhof und auf dem Gleisvorfeld gewünscht sei. Anstelle eines Leitbildes, wie es in anderen Städten entwickelt worden sei, gebe es beim Rosenstein-Quartier nur Leitplanken. Den dort geäußerten Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nach bezahlbaren Wohnungen und einer dauerhaft hohen Luftqualität in Stuttgart, müsse in der aktuellen Stadtpolitik endlich Rechnung getragen werden. Sonst werde die Beteiligung nicht ernst genommen.

StRin von Stein (FW) erwidert, der gemeinsame Antrag unterstreiche, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ernst genommen werden. Sie sehe darin eine ganz klare Wertschätzung der Gruppen, die sich um das Thema "Rosenstein - Weiterentwicklung" bemüht haben und wollen, dass es weitergeht. Erfreulich sei, dass es hier einen Gleichklang mit der Verwaltung gebe.

StR Klingler (AfD) gibt zu bedenken, dass eine Bürgerbeteiligung zwar wichtige Erkenntnisse bringe, die in die Planung mit einfließen könnten, aber nie verbindlich sein könne. Das müsse den Teilnehmern ehrlicher Weise auch zu Beginn gesagt werden. Was die Platzierung des Info-Zentrums betreffe, teile er die Meinung, dass ein geeigneterer Platz als hinter dem Rathaus gefunden werden müsse. Ansonsten sei das Projekt grundsätzlich auf einem guten Weg.

StR Conz (FDP) betont, Bürgerbeteiligung sei ein fortlaufender Prozess, brauche aber auch Grundlagen, die man zu Beginn klarstellen müsse. Verbindlich könne eine Bürgerbeteiligung nie sein, weil für das Verbindliche der Gemeinderat zuständig sei. Den vorgeschlagenen Standort für das Informationszentrum lehne er ab, weil dieser sich in so zentraler Lage befinden müsse, "dass es auch von irgendwelchen Gegnern nicht mehr zu toppen ist." Er hoffe auf bessere Vorschläge aus der Verwaltung.

Auch StR Dr. Schertlen (STd) verweist auf die noch nicht geklärten Punkte beim Projekt Rosenstein-Quartier. Dem Memorandum könne er zum jetzigen Zeitpunkt "mit einer überschaubaren Erwartungshaltung" aber zustimmen. Er erinnert an das "Programm Ro5enstein", bei dem sich zahlreiche Initiativen, Künstler, Kulturschaffende und bürgerschaftlich Engagierte zusammengesetzt hätten und das Ziel verfolgten, auf 5 der 85 ha eine dauerhafte Bleibe zu erhalten. Die STADTISTEN plädierten dafür, dies zu ermöglichen.

BVin Kienzle (Mitte) spricht sich für den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort Eichstraße 9 für ein Informationszentrum aus. Der Standort liege mitten in der Stadt, genau zwischen Stadtplanungsamt und Rathaus. Es gebe jede Möglichkeit, kurzfristig Dinge herbeizutransportieren oder Sitzungen ins Rathaus zu verlagern, wenn es dort Arbeitskreise oder Besprechungen gebe. Der Bezirksbeirat habe mit diesem Standort kein Problem. Nach Abschluss der Bauarbeiten in der Nachbarschaft werde man einen aufgewerteten Straßenraum haben und später ein Design-Hotel. Sie halte den Vorschlag für eine sinnvolle Umnutzung von Leerstand, und es werde verhindert, dass weitere "Hütten" im öffentlichen Raum stehen.

Eine bessere Anbindung des Stuttgarter Ostens an den Schlossgarten als Naherholungsgebiet und an die Stadtbezirke Mitte und Nord fordert BVin Strohmaier (Ost). Vor allem die trennende Wirkung der Cannstatter Straße müsse aufgehoben oder verringert werden. Dazu bedürfe es kreativer Vorschläge seitens der Verwaltung. Sie halte es für notwendig, dass nicht nur die Schaffung von weiteren Grünbrücken, sondern auch eine Teilüberdeckung der Cannstatter Straße geprüft werde. Solange der Bezirk vom Schlossgarten abgeschnitten sei, werde es von der Bürgerschaft des Stuttgarter Ostens auch keine regere Beteiligung geben.

StR Kotz geht auf die Äußerungen von BVin Kienzle ein und bekräftigt seine Meinung, dass nach einem anspruchsvollen Ort zur Information über Stuttgart 21, das Rosenstein-Quartier und die IBA gesucht werden muss.

StR Winter wünscht sich "ein bisschen mehr Respekt vor den Ideen der Bürgerschaft" und spricht sich nochmals für ein Informationszentrum in der Eichstraße 9 aus.

StR Conz betont, eine Bürgerbeteiligung halte er für etwas Wertvolles. Die Entscheidung werde aber im Gemeinderat gefasst. Diese Tatsache gehöre zu den Grundlagen, über die Menschen, die sich beteiligen wollten, informiert werden müssten.

Das Votum für einen geeigneten Präsentationsraum nehme er gern als Auftrag, noch weitere Flächen zu prüfen, stellt BM Pätzold fest. Die IBA sei ein paralleles Thema, das natürlich auch mit dem Verband Region Stuttgart und allen anderen Beteiligten besprochen werden müsse. Es schließe sich nicht aus, für das städtische Projekt einen eigenen Präsentationsraum zu haben. Das Projekt sei so groß, dass es eine Präsentation an verschiedenen Stellen vertrage.

Was die Frage nach der Verbindlichkeit der Bürgerbeteiligung angehe, so ergebe sich die Verbindlichkeit daraus, was der Gemeinderat aus den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger mache. Zu Beginn der Bürgerbeteiligung sei deutlich gesagt worden, dass schlussendlich der Gemeinderat entscheidet. An StR Pantisano gewandt kritisiert BM Pätzold, dieser diskreditiere die Bürgerbeteiligung, weil er das Projekt ablehne. Sehr bewusst habe die Verwaltung nochmals eine Bürgerbeteiligung gemacht, um das Thema in aller Ruhe und Breite zu diskutieren. Das habe dem gesamten Prozess gutgetan, was sich auch darin zeige, dass viele der Forderungen aus dem Memorandum sich auch in den Forderungen des Gemeinderats wiederfinden. Mit dem Beschluss der Vorlage sei der Auftrag an die Stadtverwaltung verbunden, in diese Richtung in die Umsetzung zu gehen. Im weiteren Verfahren würden die Fragen aus dem gemeinsamen Antrag Nr. 68/2017 beantwortet.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag der GRDRs 65/2017 bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / pö

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Amt für Umweltschutz
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AK
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 5. Referat T
 6. BVinnen Mitte, Nord, Ost
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN